

INHALT

- | | |
|--|--|
| <p>9. Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2010, Amtsübergabe und konstituierende Sitzung des Gemeinderates</p> <p>10. Information betreffend die Untersuchungspflicht für Trinkwasserversorgungsanlagen</p> <p>11. Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal</p> | <p>12. Abgabenertragsanteile der Gemeinden März 2010</p> <p>13. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis März 2010</p> <p>14. Übersicht über die Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2009
<i>Verbraucherpreisindex für Jänner 2010 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|--|--|

9.

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2010, Amtsübergabe und konstituierende Sitzung des Gemeinderates

Amtsübergabe

Nach § 27 Abs. 1 der Tiroler Gemeindeordnung 2001, LGBL. Nr. 36, beträgt die Funktionsperiode des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und des Bürgermeisters sechs Jahre. Sie beginnt mit der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates und endet mit der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Danach sind bis zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates der bisherige Gemeinderat, Gemeindevorstand und Bürgermeister im Amt. Nach dem Größenschluss gilt dies auch für die Ausschüsse. Damit ist für die Gemeinde durchgehend eine handlungsfähige, demokratisch legitimierte Vertretung sichergestellt. Die im Amt befindlichen Funktionäre und Mandatäre werden sich aus politischen Rücksichten auf laufende und unaufschiebbare Entscheidungen zu beschränken haben. Geboten sind jedenfalls Entscheidungen, die – wie die Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2009 bis längstens Ende März 2010 – an eine Frist gebunden sind. Der im Amt befindliche Gemeinderat hat den Voranschlag 2009 beschlossen und der Bürgermeister denselben vollzogen.

Einberufung der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates

Nach § 75 Abs. 1 der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994, LGBL. Nr. 88, hat der neu gewählte Bürgermeister die neu gewählten Mitglieder des Gemeinderates in der dritten Woche nach dem Wahltag, bei einer engeren Wahl des Bürgermeisters binnen einer Woche nach der engeren Wahl, das ist in der Woche nach dem 28. März 2010, zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates und zur Wahl des Gemeindevorstandes einzuberufen. In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates führt der neu gewählte Bürgermeister von Anfang an den Vorsitz. Ist der Bürgermeister erst in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates zu wählen (vgl. die in den §§ 45 Abs. 8, 70 Abs. 4 und 71 Abs. 5 TGWO 1994 aufgezählten Fälle), so obliegt die Einberufung und Vorsitzführung dem an Lebensjahren ältesten der neu gewählten Mitglieder des Gemeinderates.

Konstituierende Sitzung des neu gewählten Gemeinderates

In der konstituierenden Sitzung können nach § 75 Abs. 2 TGWO 1994 Entscheidungen nur dann getroffen werden, wenn wenigstens drei Viertel der Mitglie-

der des Gemeinderates erschienen sind. Sind nicht wenigstens drei Viertel der Mitglieder erschienen, so ist der Gemeinderat neuerlich binnen zwei Wochen zur konstituierenden Sitzung einzuberufen; in dieser Sitzung ist der Gemeinderat ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Gemeinderatsmitglieder beschlussfähig.

Gelöbnis

Die Mitglieder des Gemeinderates haben am Beginn der konstituierenden Sitzung vor dem Gemeinderat zu geloben, "in Treue die Rechtsordnung der Republik Österreich zu befolgen, ihr Amt uneigennützig und unparteiisch auszuüben und das Wohl der Gemeinde und ihrer Bewohner nach bestem Wissen und Können zu fördern". Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig.

Tagesordnung der konstituierenden Sitzung

Nach § 76 TGWO 1994 ist in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates

- in Gemeinden mit mehr als 1.000 und höchstens 5.000 Einwohnern zu bestimmen, ob ein zweiter Bürgermeister-Stellvertreter vorzusehen ist; die Entscheidung ist mit einfacher Mehrheit zu treffen und bindet für die gesamte folgende sechsjährige Funktionsperiode
- die Anzahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes festzusetzen; die Entscheidung ist mit einfacher Mehrheit zu treffen und bindet für die gesamte folgende sechsjährige Funktionsperiode
- zu bestimmen, ob die stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes im Fall ihrer Verhinderung durch Ersatzmitglieder zu vertreten sind
- zu ermitteln, wie viele Stellen des Gemeindevorstandes auf die einzelnen Gemeinderatsparteien entfallen
- die Wahl des Bürgermeisters durchzuführen, wenn dieser vom Gemeinderat aus dessen Mitte zu wählen ist
- die Wahl des Bürgermeister-Stellvertreters (der Bürgermeister-Stellvertreter) durchzuführen
- die Wahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes durchzuführen und
- die Wahl der Ersatzmitglieder der stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes vorzunehmen.

Zur Zusammensetzung des Gemeindevorstandes

Die Zusammensetzung des Gemeindevorstandes regelt § 23 TGO 2001. Der Gemeindevorstand besteht aus

dem Bürgermeister, aus einem oder zwei Bürgermeister-Stellvertretern und aus einem oder mehreren weiteren stimmberechtigten Mitgliedern.

In Gemeinden mit höchstens 1.000 Einwohnern ist ein, in Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern sind zwei Bürgermeister-Stellvertreter zu wählen. In Gemeinden mit mehr als 1.000 und höchstens 5.000 Einwohnern kann ein zweiter Bürgermeister-Stellvertreter gewählt werden, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben des Gemeindevorstandes erforderlich ist. Maßgeblich ist das Ergebnis der letzten Volkszählung im Jahr 2001. Ein zweiter Bürgermeister-Stellvertreter hat wie der erste Bürgermeister-Stellvertreter einen gesetzlichen Anspruch auf einen Bezug; auch aus Gründen der Sparsamkeit ist daher reiflich zu überlegen, ob zur Erfüllung der Aufgaben des Gemeindevorstandes wirklich ein zweiter Bürgermeister-Stellvertreter erforderlich ist (vgl. § 23 Abs. 3 TGO 2001).

Die Zahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes darf nicht mehr als ein Viertel der Mitglieder des Gemeinderates betragen.

Zur Sicherstellung der Beschlussfähigkeit des Gemeindevorstandes auch in Fällen der entschuldigenden Abwesenheit und Befangenheit von Mitgliedern ist es empfehlenswert, Ersatzmitglieder vorzusehen. Ein Ersatzmitglied wird immer für ein bestimmtes Mitglied bestellt, welches es im Fall der entschuldigenden Abwesenheit und Befangenheit zu vertreten hat (z. B. für den Bürgermeister A das Ersatzmitglied M, für den Bürgermeister-Stellvertreter B das Ersatzmitglied N, für das an Lebensjahren ältere weitere stimmberechtigte Mitglied C das Ersatzmitglied O und für das an Lebensjahren jüngere weitere stimmberechtigte Mitglied D das Ersatzmitglied P; alle Ersatzmitglieder jeweils mit den Rechten eines weiteren stimmberechtigten Mitgliedes, vgl. § 23 Abs. 5 TGO 2001).

Zur Vertretung der Gemeinderats- parteien im Gemeindevorstand nach Maßgabe der verhältnismäßigen Stärke

Die Gemeinderatsparteien haben nach Maßgabe ihrer Stärke Anspruch auf Vertretung im Gemeindevorstand. Die verhältnismäßige Stärke ist nach der im § 74 Abs. 2 und 3 TGWO 1994, im Fall von Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, nach der im § 74 Abs. 4 in Verbindung mit Abs. 2 und 3 TGWO 1994 beschriebenen Methode zu ermitteln.

Die Anzahl der Mandate jeder einzelnen Gemeinderatspartei ist, beginnend mit der größten Zahl, neben-

einander zu schreiben. Darunter sind die Hälfte, das Drittel, das Viertel und nach Bedarf die weiteren Bruchteile zu schreiben. Dezimalzahlen sind zu berücksichtigen. Die so gewonnenen Zahlen sind ihrer Größe nach zu ordnen, wobei mit der größten Zahl zu beginnen ist. Die verhältnismäßige Stärke der Gemeinderatsparteien richtet sich nach der Reihenfolge, in der die so geordneten Zahlen auf die einzelnen Gemeinderatsparteien entfallen.

Haben zwei oder mehrere Gemeinderatsparteien denselben Anspruch auf eine Stelle im Gemeindevorstand, so fällt die Stelle jener dieser Gemeinderatsparteien zu, die bei der Wahl des Gemeinderates die größere Listensumme erreicht hat bzw. auf die die größere Anzahl an Teilstimmen entfallen ist. Bei gleicher Listensumme oder Anzahl an Teilstimmen entscheidet das von dem an Jahren jüngsten Mitglied des Gemeinderates zu ziehende Los.

Bei der Ermittlung der verhältnismäßigen Stärke sind Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, zunächst als eine Gemeinderatspartei zu behandeln. Für die sodann durchzuführende Verteilung der auf sie entfallenen Vorstandsstellen auf die einzelnen Wählergruppen gekoppelter Wahlvorschläge ist entsprechend den vorher wiedergegebenen Absätzen vorzugehen.

Beispiel (ohne Koppelung)

Gemeinderatsparteien	A	B	C	D
Mandate	5	4	2	2
Listensumme	456	361	235	215
1/2	2,5	2		
Teilstimmen 1/2	228	180,5		
1/3	1,6			
Teilstimmen 1/3	152			

Bei 5 Vorstandsstellen entfallen auf A 2, auf B 1, auf C 1 und auf D 1. Reihenfolge 5, 4, 2,5, 2 und 2, 235 und 215 sind größer als 180,5.

Beispiel (mit Koppelung)

Gemeinderatsparteien	B+C	A	D
Mandate	6	5	2
Listensumme	596	456	215
1/2	3	2,5	
Teilstimmen 1/2	298	228	
1/3	2	1,6	
Teilstimmen 1/3	198,6	152	

Bei 5 Vorstandsstellen entfallen auf A 2, auf B+C 2 und auf D 1. Reihenfolge 6, 5, 3, 2,5 und 2, 215 ist größer als 198,6.

Verteilung der 2 Vorstandsstellen innerhalb der gekoppelten Wahlvorschläge

Gemeinderatsparteien	B	C
Mandate	4	2
Listensumme	361	235
1/2	2	
Teilstimmen 1/2	180,5	

Von den 2 gemeinsamen Vorstandsstellen entfallen auf B 1 und auf C 1. Reihenfolge 4 und 2, 235 ist größer als 180,5.

Für die folgenden Wahlen hat der Vorsitzende unter Berücksichtigung der verhältnismäßigen Stärke der Gemeinderatsparteien zwei Mitglieder des Gemeinderates als Wahlhelfer zu bestellen. Der Vorsitzende ist dabei auf seine Gemeinderatspartei anzurechnen.

Zur Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat

Die Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat regelt § 78 TGWO 1994.

Ist in den in den §§ 45 Abs. 8, 70 Abs. 4 und 71 Abs. 5 TGWO 1994 aufgezählten Fällen der Bürgermeister durch den Gemeinderat zu wählen, so ist jede Gemeinderatspartei berechtigt, eines ihrer Mitglieder für die Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat vorzuschlagen. Der schriftliche Vorschlag ist nach Aufruf des Tagesordnungspunktes „Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat“ vorzulegen. Er muss von der Mehrheit der Mitglieder der vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei unterschrieben sein. Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, gelten in diesem Fall als eine Gemeinderatspartei, können somit nur einen Vorschlag vorlegen. Die Wahl ist mit Stimmzetteln durchzuführen. Der Bürgermeister ist mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu wählen (z. B. bei 15 anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates erhält A 8 Stimmen, B 4 Stimmen und C 3 Stimmen, A ist mit einfacher Mehrheit gewählt). Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt (z. B. bei 15 anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates erhält A 6 Stimmen, B 5 Stimmen und C 4 Stimmen, A ist mit den meisten Stimmen gewählt). Bei Stimmgleichheit gilt jenes Mitglied des Gemeinderates als gewählt, das der Gemeinderatspartei angehört, die bei der Wahl des Gemeinderates die größere Anzahl an Stimmen erreicht hat; ist auch diese Anzahl an Stimmen gleich groß, so entscheidet das vom jüngsten Mitglied des Gemeinderates zu ziehende Los.

Zur Wahl des Bürgermeister-Stellvertreters (der Bürgermeister-Stellvertreter)

Die Wahl des Bürgermeister-Stellvertreters (der Bürgermeister-Stellvertreter) regelt § 78 TGWO 1994.

Ist ein Bürgermeister-Stellvertreter zu wählen, so ist jede Gemeinderatspartei, die – nach Anrechnung des Bürgermeisters – Anspruch auf mindestens eine Stelle im Gemeindevorstand hat, berechtigt, eines ihrer Mitglieder vorzuschlagen. Der schriftliche Vorschlag ist nach Aufruf des Tagesordnungspunktes „Wahl des Bürgermeister-Stellvertreters“ vorzulegen. Er muss von der Mehrheit der Mitglieder der vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei unterschrieben sein. Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, gelten dabei nicht als eine Gemeinderatspartei, können somit selbstständig Vorschläge vorlegen. Die Wahl ist mit Stimmzetteln durchzuführen. Der Bürgermeister-Stellvertreter ist mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu wählen (z. B. bei 15 anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates erhält A 8 Stimmen, B 4 Stimmen und C 3 Stimmen, A ist mit einfacher Mehrheit gewählt). Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt (z. B. bei 15 anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates erhält A 6 Stimmen, B 5 Stimmen und C 4 Stimmen, A ist mit den meisten Stimmen gewählt). Bei Stimmgleichheit gilt jenes Mitglied des Gemeinderates als gewählt, das der Gemeinderatspartei angehört, die bei der Wahl des Gemeinderates die größere Anzahl an Stimmen erreicht hat; ist auch diese Anzahl an Stimmen gleich groß, so entscheidet das vom jüngsten Mitglied des Gemeinderates zu ziehende Los.

Sind zwei Bürgermeister-Stellvertreter zu wählen, so ist jede Gemeinderatspartei, die – nach Anrechnung des Bürgermeisters – Anspruch auf mindestens eine Stelle im Gemeindevorstand hat, berechtigt, eines ihrer Mitglieder, die – nach Anrechnung des Bürgermeisters – Anspruch auf mindestens zwei Stellen im Gemeindevorstand hat, zwei ihrer Mitglieder vorzuschlagen. Der schriftliche Vorschlag ist nach Aufruf des Tagesordnungspunktes „Wahl der Bürgermeister-Stellvertreter“ vorzulegen. Er muss von der Mehrheit der Mitglieder der vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei unterschrieben sein. Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, gelten nicht als eine Gemeinderatspartei, können somit selbstständig Vorschläge vorlegen. Die Wahl ist mit Stimm-

zetteln durchzuführen. Die Wahl ist in einem Wahlgang durchzuführen. Zum ersten Bürgermeister-Stellvertreter ist gewählt, wer die meisten Stimmen, zum zweiten Bürgermeister-Stellvertreter, wer die zweithöchste Anzahl von Stimmen erreicht. Erhalten zwei oder mehrere Mitglieder des Gemeinderates die meisten Stimmen, so gilt jenes von ihnen als zum ersten Bürgermeister-Stellvertreter gewählt, das der Gemeinderatspartei angehört, die bei der Wahl des Gemeinderates die größere Anzahl von Stimmen erreicht hat, und jenes von ihnen als zum zweiten Bürgermeister-Stellvertreter gewählt, das der Gemeinderatspartei angehört, die bei der Wahl des Gemeinderates die nächstniedrigere Anzahl von Stimmen erreicht hat; ist auch diese Anzahl an Stimmen gleich groß, so entscheidet das vom jüngsten Mitglied des Gemeinderates zu ziehende Los. Erhalten zwei oder mehrere Mitglieder des Gemeinderates die zweithöchste Anzahl von Stimmen, so gilt jenes von ihnen als zum zweiten Bürgermeister-Stellvertreter gewählt, das der Gemeinderatspartei angehört, die bei der Wahl des Gemeinderates die größere Anzahl von Stimmen erreicht hat; ist auch diese Anzahl an Stimmen gleich groß, so entscheidet das vom jüngsten Mitglied des Gemeinderates zu ziehende Los.

Hat nur eine einzige Gemeinderatspartei Anspruch auf Vertretung im Gemeindevorstand, so erfolgt die Wahl des Bürgermeister-Stellvertreters (der Bürgermeister-Stellvertreter) wie die Wahl der weiteren Mitglieder des Gemeindevorstandes (§ 79 TGWO 1994).

Zur Wahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes

Die Wahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes regelt § 79 TGWO 1994.

Jede Gemeinderatspartei, die – nach Anrechnung des Bürgermeisters und des Bürgermeister-Stellvertreters bzw. der Bürgermeister-Stellvertreter – Anspruch auf weitere Stellen im Gemeindevorstand hat, hat das Recht, zur Besetzung dieser Stellen ihr angehörende Mitglieder namhaft zu machen. Die schriftliche Namhaftmachung ist nach Aufruf des Tagesordnungspunktes „Wahl der weiteren Mitglieder des Gemeindevorstandes“ vorzulegen. Sie muss von der Mehrheit der Mitglieder der vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei unterschrieben sein. Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, gelten dabei nicht als eine Gemeinderatspartei, können somit selbstständig Vorschläge vorlegen. Eine Abstimmung über die von einer vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei namhaft gemachten Mitglieder findet nicht statt. § 79 Abs. 2

TGWO 1994 trifft eine Regelung für den Fall, dass eine Namhaftmachung unterblieben ist.

Zur Wahl der Ersatzmitglieder der stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes

Jede Gemeinderatspartei, die Anspruch auf Stellen im Gemeindevorstand hat, hat das Recht, ihr angehörende Mitglieder als Ersatzmitglieder namhaft zu machen. Die schriftliche Namhaftmachung ist nach Aufruf des betreffenden Tagesordnungspunktes vorzulegen. Sie muss von der Mehrheit der Mitglieder der vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei unterschrieben sein. Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, gelten dabei nicht als eine Gemeinderatspartei, können somit selbstständig Vorschläge vorlegen.

Da der Gemeindevorstand ein Organ ist, das für die Gemeinde verbindliche hoheitliche und privatwirtschaftliche Entscheidungen zu treffen hat, ist auf eine gesetzeskonforme Zusammensetzung besonderer Wert zu legen.

Niederschrift über die Wahl des Gemeindevorstandes

Über die Durchführung der Wahl des Gemeindevorstandes ist eine Niederschrift aufzunehmen; die Niederschrift ist vom Bürgermeister und allen anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates zu unterfertigen.

Anfechtung der Wahl des Gemeindevorstandes

Jedes Mitglied des Gemeinderates kann die Wahl des Gemeindevorstandes innerhalb von zwei Wochen nach der Wahl schriftlich bei der Bezirkshauptmannschaft anfechten; die Anfechtung ist zu begründen. Im Fall einer Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens, die auf das Ergebnis der Wahl von Einfluss war oder sein konnte, ist die Ermittlung des Wahlergebnisses und allenfalls die Wahl als gesetzwidrig zu erklären. Die Bezirkshauptmannschaft, im Berufungsfall die Landesregierung, entscheiden als überörtliche Wahlbehörden.

Wahl der gemeinderätlichen Ausschüsse und Bestimmung der in andere Organe zu entsendenden Vertreter der Gemeinde

Wenn zwei Drittel der Mitglieder des Gemeinderates damit einverstanden sind, kann die gesetzlich vorgegebene Tagesordnung der konstituierenden Sitzung um die Wahl der Ausschüsse und/oder die Bestimmung der in andere Organe zu entsendenden Vertreter der Gemeinde ergänzt werden (vgl. § 35 Abs. 3 TGO 2001).

§ 24 TGO 2001 enthält grundsätzliche Regelungen über die Einrichtung der Ausschüsse. § 109 TGO 2001

enthält ergänzend Regelungen über den Prüfungsausschuss. Ausschüsse und der Prüfungsausschuss müssen jeweils mindestens drei Mitglieder haben. Als stimmberechtigte Mitglieder können immer nur Mitglieder des Gemeinderates namhaft gemacht werden.

Die Ausschüsse, deren Aufgaben und die Anzahl der Mitglieder, legt der Gemeinderat mit einfacher Mehrheit fest; ständige Ausschüsse werden für die gesamte sechsjährige Funktionsperiode, nicht ständige Ausschüsse für die für die Erfüllung der übertragenen Aufgabe erforderliche Zeit eingerichtet. Zwingend ist nur der Prüfungsausschuss vorgesehen.

Nach § 83 Abs. 1 und 2 TGWO 1994 findet der Grundsatz der Verhältniswahl bei der Besetzung der Ausschüsse und des Prüfungsausschusses sinngemäß Anwendung. Der im Fall beratender Ausschüsse und des Prüfungsausschusses vielfach beobachteten Übung, nicht nur eigene Mitglieder sondern auch Mitglieder aus kleineren Gemeinderatsparteien namhaft zu machen, ist die Gemeindeaufsicht im Interesse einer möglichst breiten Beratung und Kontrolle nicht entgegengetreten. Auf die Möglichkeit, namentlich in gesellschaftspolitisch bedeutsame Ausschüsse auch Personen als Mitglieder (Ersatzmitglieder) mit beratender Stimme zu wählen, die über besondere Sachkenntnisse im betreffenden Verwaltungsbereich verfügen oder die den betroffenen Bevölkerungsgruppen angehören, wie insbesondere Jugendliche, Frauen, Senioren, Behinderte, Personen mit Migrationshintergrund udgl., wird ausdrücklich aufmerksam gemacht (vgl. § 24 Abs. 3 TGO 2001).

Der Ausschuss hat in seiner konstituierenden Sitzung aus seiner Mitte einen Obmann und einen Stellvertreter zu wählen. Nach § 24 Abs. 4 TGO 2001 ist die konstituierende Sitzung vom Bürgermeister einzuberufen und bis zur Wahl des Obmanns zu leiten. Erhält keine Person im jeweils ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das von dem an Jahren jüngsten Mitglied des Ausschusses zu ziehen ist.

Nach § 83 Abs. 1 und 2 TGWO 1994 findet der Grundsatz der Verhältniswahl auch bei der Bestimmung der vom Gemeinderat in andere Organe zu entsendenden Vertreter sinngemäß Anwendung. Der Grundsatz der Verhältniswahl gilt immer dann, wenn die Gemeinde eine Mehrzahl von Vertretern in ein Organ (beispielsweise zwei oder mehrere Vertreter [Ersatzmitglied] in einen Beirat, in eine Kommission, in einen Aufsichtsrat

udgl.) zu entsenden hat. Keine Anwendung des Grundsatzes ist möglich, wenn die Gemeinde nur einen Vertreter in ein Organ (beispielsweise einen Vertreter (Ersatzmitglied) in einen Beirat, in eine Kommission, in einen Aufsichtsrat udgl.) zu entsenden hat.

§ 83 Abs. 3 TGWO 1994 nimmt die Entsendung von Vertretern der Gemeinde in die Verbandsversammlung von Gemeindeverbänden vom Grundsatz der Verhältniswahl ausdrücklich aus.

Weitere Informationen

Informationen betreffend die konstituierende Sitzung des Gemeinderates können dem Kommentar zur Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 von Dr. Helmut Ludwig, erhältlich beim Tiroler Gemeindeverband, Tel. 0512/587130, entnommen werden.

Für weitere Informationen steht die Abteilung Gemeindeangelegenheiten des Amtes der Tiroler Landesregierung zur Verfügung.

10.

Information betreffend die Untersuchungspflicht für Trinkwasserversorgungsanlagen

Die Trinkwasserverordnung (TWV), BGBl. II Nr. 304/2001, i. d. F. BGBl. II Nr. 121/2007, sieht vor, dass der Betreiber einer Wasserversorgungsanlage Untersuchungen des Trinkwassers gemäß dem Untersuchungsumfang und den Untersuchungshäufigkeiten nach Anhang II der genannten Verordnung von einem Untersuchungsberechtigten durchführen zu lassen hat. Jede Trinkwasserversorgungsanlage ist zumindest einmal im Jahr zu überprüfen.

Als Betreiber von Trinkwasserversorgungsanlagen werden die Gemeinden daran erinnert, die hierfür erforderliche Auftragsvergabe für das **Jahr 2010** an einen Untersuchungsberechtigten nach den §§ 65 oder 73 Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG) rechtzeitig zu veranlassen.

Die aktuelle Liste der zur Trinkwasseruntersuchung befugten Stellen und Personen ist auf der Homepage des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend abrufbar (www.bmg.gv.at – Link „Lebensmittel“ bzw. „Trinkwasser und abgefüllte Wässer“).

Die Gutachten über die durchgeführten Untersuchungen sind dem Landeshauptmann als zuständige Behörde zu übermitteln. Die Trinkwasseruntersuchungsergebnisse sollten durch den beauftragten Untersuchungsberechtigten direkt in die **amtliche Was-**

serwirtschaftsdatenbank bei der Abteilung Wasserwirtschaft des Amtes der Tiroler Landesregierung übertragen werden. Die Untersucher sind dafür ausgerüstet, die Daten digital zu übermitteln.

Die Durchführung der Beprobung hat gemäß Anhang II der TWV (Mindesthäufigkeit, erforderliche Probenzahl) zu erfolgen. Bei der jährlichen Probenahme ist auch die Überprüfung der Wasserversorgungsanlage (Lokalausweis, einschließlich der Wasserspende mit Fassungszone) vorzunehmen. Der Untersuchungsumfang hat die Parameter des Anhangs I der TWV zu umfassen, soweit diese nicht durch Bescheide des Landeshauptmannes reduziert wurden.

Für wasserfachliche Fragen steht Ihnen Herr Dipl.-Ing. Johannes Pinzer unter der Tel.-Nr. 0512/508-4215, E-Mail: johannes.pinzer@tirol.gv.at, Abteilung Wasserwirtschaft, zur Verfügung.

Weiters werden die Gemeinden ersucht, die sonstigen Betreiber von Wasserversorgungsanlagen im Gemeindegebiet, insbesondere Wassergenossenschaften, über die Untersuchungspflicht und die Vorlage der Gutachten zu informieren, da die Gemeinde aufgrund des örtlichen Nahebezuges in vielen Fällen erster Ansprechpartner ist.

11.

Richtlinie für die Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal

In der Budgetplanung 2010 des Gemeindeausgleichsfonds wurden für den Verwendungszweck „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ drei Millionen Euro reserviert.

Die Bedarfszuweisungen werden unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

1. Die Gemeinde hat angemessene einmalige und laufende Gebühren vorzuschreiben. Maßgeblich sind die **Gebührensätze im Jahr 2009**. In diesem Jahr sind **€ 4,82** inkl. Umsatzsteuer je m³ Baumasse bzw. **14,47 m³** je m² Bruttogeschossfläche an einmaligen bzw. **bis zum ersten Ablesezeitpunkt € 1,820** inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler und **ab dem ersten Ablesezeitpunkt € 1,888** inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler an laufenden Gebühren vorzuschreiben. Werden verlorene Zuschüsse gewährt, die die Kanalgebührenbelastung für einzelne Gebührenpflichtige im Ergebnis auf weniger als die angemessenen Gebühren vermindern, so sind „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ nicht möglich. Als Nachweis sind Auszüge aus den Niederschriften über die einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderates und Ablichtungen von deren Kundmachung an der Gemeinde-Amtstafel anzuschließen.

2. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, den Gebührenhaushalt Kanal durch zumutbare einmalige und laufende Gebühren auszugleichen. Als zumutbare einmalige Gebühren gelten die unter Punkt 1 genannten Gebühren. Als zumutbare laufende Gebühren gelten **€ 2,18** inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler. Als Nachweis sind ein Auszug aus der Niederschrift über die Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2009 durch den Gemeinderat, der auf den Gebührenhaushalt Kanal Bezug habende Teil des Rechnungsab-

schlusses und weitere Kalkulationen anzuschließen. Den weiteren Kalkulationen muss insbesondere der durch die Gemeinde über laufende Gebühren verrechenbare Wasserbezug in m³, im Fall von Mindestgebühren einschließlich einer entsprechenden Korrektur, zu entnehmen sein.

3. Liegt ein endgültiger Gemeindehaushaltsdatenträger (GHD) vor, kann unter „Anträge“ mit der Filterauswahl VorgangTyp „Gebührenhaushalt Kanal“ und nach der Betätigung der Schaltfläche „Filter anwenden“ der Antrag „Gebührenhaushalt Kanal 2010“ ausgewählt werden. Im Reiter „Allgemein“ ist die Erklärung über die richtigen Angaben zu aktivieren, im Reiter „Haushalt“ sind die Haushaltsdaten aus dem Datenträger zu übernehmen und gegebenenfalls zu ändern bzw. zu ergänzen und im Reiter „Kennzahlen“ sind die vorgegebenen Felder zu befüllen.

Der ausgefüllte Antrag ist **bis spätestens 15. April 2010** an die Abteilung Gemeindeangelegenheiten weiter zu leiten.

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten hat den Antrag sodann inhaltlich zu prüfen und bis Ende Juni 2010 einen Verteilungsvorschlag vorzulegen.

Die Bedarfszuweisungen sollen allen Gemeinden zugute kommen, die trotz zumutbarer Gebühren nicht in der Lage sind, den Gebührenhaushalt Kanal auszugleichen. Kann mit dem eingangs vorgesehenen Betrag nicht das Auslangen gefunden werden, sind die Bedarfszuweisungen im Verhältnis der Finanzkraft II der Gemeinden 2009 zu kürzen und aufzuteilen. Die Landesregierung behält sich eine Deckelung der Bedarfszuweisung mit 5% des eingangs vorgesehenen Betrages (= 150.000,- €) je Gemeinde vor.

12.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden März 2010

Ertragsanteile an	März		Differenz in Euro	Änderung in %
	2009 in Euro	2010 in Euro		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN				
Veranlagter Einkommensteuer	-995.937	-665.952	329.985	33,13
Lohnsteuer	15.365.486	14.647.348	-718.138	-4,67
Kapitalertragsteuer I	220.096	457.490	237.394	107,86
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	875.644	507.361	-368.283	-42,06
Körperschaftsteuer	-768.309	-470.693	297.617	38,74
Erbschafts- und Schenkungssteuer	49.164	30.035	-19.130	-38,91
Stiftungseingangssteuer	8.036	5.042	-2.994	-37,26
Bodenwertabgabe	25.046	9.232	-15.814	-63,14
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	14.779.225	14.519.862	-259.364	-1,75
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer* + x)	15.871.944	16.082.015	210.070	1,32
Abgabe von alkoholischen Getränken	70	14	-55	-79,51
Tabaksteuer	1.256.988	1.114.991	-141.997	-11,30
Biersteuer	125.015	112.365	-12.649	-10,12
Mineralölsteuer	474.795	743.058	268.263	56,50
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	103.842	87.906	-15.936	-15,35
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	902	843	-59	-6,49
Kapitalverkehrsteuern	81.276	192.818	111.542	137,24
Werbeabgabe	360.064	346.067	-13.997	-3,89
Energieabgabe	615.929	531.038	-84.892	-13,78
Normverbrauchsabgabe	253.455	310.740	57.284	22,60
Grunderwerbsteuer	3.576.350	6.044.058	2.467.708	69,00
Versicherungssteuer	6.291	22.292	16.002	254,37
Motorbezogene Versicherungssteuer	12.897	31.834	18.937	146,83
KFZ-Steuer	-1.767	-4.517	-2.750	155,67
Konzessionsabgabe	181.289	221.581	40.291	22,22
Summe sonstige Steuern	22.919.340	25.837.103	2.917.763	12,73
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u.Vermögenst. und sonstigen Steuern	37.698.565	40.356.965	2.658.399	7,05
Kunstförderungsbeitrag	37.543	38.295	752	2,00
Summe ohne Zwischenabrechnung	37.736.108	40.395.260	2.659.152	7,05
Zwischenabrechnung**	7.157.398	-10.247.283	-17.404.681	-243,17
G E S A M T	44.893.506	30.147.977	-14.745.529	-32,85

*davon Getränkesteuerausgleich	4.329.212	4.388.909	59.697	1,38
**davon Getränkesteuerausgleich	576.135	-347.379	-923.514	-160,29
Summe	4.905.347	4.041.530	-863.817	-17,61
x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	263.835	250.835	-13.000	-4,93

13.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis März 2010

Ertragsanteile an	Jänner-März		Differenz	Änderung
	2009	2010		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	7.800.830	8.966.440	1.165.609	14,94
Lohnsteuer	52.727.925	48.219.924	-4.508.001	-8,55
Kapitalertragsteuer I	3.099.845	2.259.203	-840.643	-27,12
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	1.801.068	1.421.920	-379.148	-21,05
Körperschaftsteuer	10.918.322	7.896.082	-3.022.240	-27,68
Erbschafts- und Schenkungssteuer	234.734	211.110	-23.624	-10,06
Stiftungseingangssteuer	44.674	25.818	-18.856	-42,21
Bodenwertabgabe	207.649	144.720	-62.929	-30,31
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	76.835.048	69.145.216	-7.689.832	-10,01
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer* + x)	52.349.136	51.287.563	-1.061.572	-2,03
Abgabe von alkoholischen Getränken	245	133	-112	-45,69
Tabaksteuer	3.377.383	3.235.958	-141.425	-4,19
Biersteuer	443.670	450.156	6.486	1,46
Mineralölsteuer	9.437.674	9.137.078	-300.596	-3,19
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	318.272	334.460	16.188	5,09
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	3.020	2.611	-409	-13,55
Kapitalverkehrsteuern	265.949	330.039	64.090	24,10
Werbeabgabe	1.157.458	1.122.249	-35.209	-3,04
Energieabgabe	1.630.635	1.901.937	271.302	16,64
Normverbrauchsabgabe	831.298	966.414	135.116	16,25
Grunderwerbsteuer	17.559.433	18.421.648	862.215	4,91
Versicherungssteuer	2.076.124	2.118.886	42.762	2,06
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.995.223	2.118.192	122.969	6,16
KFZ-Steuer	144.990	131.357	-13.633	-9,40
Konzessionsabgabe	568.294	718.411	150.117	26,42
Summe sonstige Steuern	92.158.804	92.277.091	118.287	0,13
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	168.993.852	161.422.307	-7.571.545	-4,48
Kunstförderungsbeitrag	37.543	38.295	752	2,00
Summe ohne Zwischenabrechnung	169.031.394	161.460.602	-7.570.792	-4,48
Zwischenabrechnung**	7.157.398	-10.247.283	-17.404.681	-243,17
G E S A M T	176.188.792	151.213.319	-24.975.473	-14,18
*davon Getränkesteuerausgleich	14.293.016	14.005.334	-287.682	-2,01
**davon Getränkesteuerausgleich	576.135	-347.379	-923.514	-160,29
Summe	14.869.151	13.657.955	-1.211.196	-8,15
x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	791.505	752.505	-39.000	-4,93

14.

Übersicht über die Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge
der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2009

Darlehen nach Zweckbestimmung

2008 129.807.495 2009 120.492.575

Gemeinden ohne Innsbruck Stadt	2008		in % der		2009		in % der	
	in EUR		Darlehenssumme		in EUR		Darlehenssumme	
1. Hoheitsverwaltung								
1.1 Schulen	6.281.000		4,84%		9.919.000		8,23%	
1.2 Kindergärten	7.335.000		5,65%		4.724.000		3,92%	
1.3 Wasserleitungsbauten								
Wasserversorgung (WLF)	2.396.550		1,85%		1.954.500		1,62%	
Wasserversorgung (Bank)	3.858.000	6.254.550	2,97%	4,82%	4.208.200	6.162.700	3,49%	5,11%
1.4 Kanalbauten								
Abwasserentsorgung (WLF)	2.164.600		1,67%		1.566.750		1,30%	
Abwasserentsorgung (Bank)	11.124.000	13.288.600	8,57%	10,24%	14.893.300	16.460.050	12,36%	13,66%
1.5 Wohnbau, Altersheime								
Wohnbau, Altersheime (Wbf)	15.293.894		11,78%		6.904.800		5,73%	
Wohnbau, Altersheime (Bank)	13.526.700	28.820.594	10,42%	22,20%	6.056.000	12.960.800	5,03%	10,76%
1.6 Sportanlagen		4.090.000		3,15%		2.309.000		1,92%
1.7 Friedhöfe		1.227.000		0,95%		320.000		0,27%
1.8 Strassen, Wege, Brücken		4.991.000		3,84%		5.824.000		4,83%
1.9 Abfallbeseitigung		7.243.000		5,58%		870.000		0,72%
1.10 Feuerwehresen								
Feuerwehr	336.720	336.720	0,26%	0,26%	1.268.068	1.268.068	1,05%	1,05%
1.11 Umschuldung, Kontokorrent, Haushaltsausgleich		5.184.346		3,99%		10.570.346		8,77%
		3.200.000		2,47%		1.200.000		1,00%
1.12 Bezirkskrankenhäuser		830.000		0,64%		5.930.000		4,92%
1.13 Sonstiges								
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	9.640.000		7,43%		14.950.000		12,41%	
Grundkäufe	7.803.185		6,01%		12.621.829		10,48%	
Beteiligungen	2.200.000		1,69%		4.940.000		4,10%	
Musikschulen	1.500.000		1,16%		0		0,00%	
Weitergabe an Firmen	0		0,00%		1.113.782		0,92%	
Hochwasserschäden	2.268.000		1,75%		468.000		0,39%	
Touristische Infrastruktur	8.265.000		6,37%		490.000		0,41%	
Contracting	0		0,00%		0		0,00%	
Sonstige Zwecke	9.049.500	40.725.685	6,97%	31,37%	7.391.000	41.974.611	6,13%	34,84%
Summe Hoheitsverwaltung		129.807.495		100,00%		120.492.575		100,00%
2. Wirtschaftliche Unternehmen		0		0,00%		0		0,00%
Summe Gemeinden ohne Stadt Innsbruck		129.807.495		100,00%		120.492.575		100,00%
Innsbruck - Stadt								
a.o. Vorhaben Stadtgde. Innsbruck	0		0,00%		0		0,00%	
Umschuldung Stadtgde. Innsbruck	0		0,00%		0		0,00%	
Summe Innsbruck - Stadt		0		0,00%		0		0,00%
Darlehensaufnahmen Summe Tirol		129.807.495		100,00%		120.492.575		100,00%

Haftungsübernahmen

Aufschlüsselung der Haftungsübernahmen	2008	2009
Seilbahnen und Lifte	340.000	3.300.000
Bäder und Sportanlagen	16.750.000	6.045.000
Wasserleitungs- und Kanalbauten	2.430.000	77.760
Stadt- / Gemeindewerke	2.250.000	3.157.832
Straßenbauten	0	6.500.000
Schulen	2.400.000	10.000.000
Abfallentsorgung	0	11.499.534
Immobilien	14.193.290	2.907.500
Sonstige Zwecke	13.710.093	7.844.900
Summe Gemeinden (ohne Innsbruck-Stadt)	52.073.383	51.332.526
Innsbruck-Stadt	9.774.526	11.945.003
Haftungsübernahmen Summe Tirol	61.847.909	63.277.529

Leasingverträge

	2008	2009
Feuerwehrwesen	1.250.000	1.231.500
Schulen	1.750.000	1.119.000
Kindergärten	0	1.831.355
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	2.400.000	4.090.000
Sonstige Zwecke	0	747.500
Leasingsumme Gemeinden Tirols	5.400.000	9.019.355

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JÄNNER 2010 (vorläufiges Ergebnis)		
	Dezember 2009 (endgültig)	Jänner 2010 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	108,2	107,9
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	119,7	119,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	125,9	125,6
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	164,7	164,2
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	256,0	255,3
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	449,2	448,0
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	572,4	570,8
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	574,2	572,6
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Jänner 2010 beträgt 107,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Dezember 2009 um 0,3% rückläufig (Dezember 2009 gegenüber November 2009: + 0,2%). Gegenüber Jänner 2009 ergibt sich eine Steigerung um 1,2% (Dezember 2009/2008: + 1,0%).</p>		

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
 Amt der Tiroler Landesregierung,
 Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
 6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck